

Runde Tische gegen die Arbeitslosigkeit in der Region: neue Ansätze der integrierten Struktur- und Beschäftigungspolitik am Beispiel Nordrhein-Westfalen

Mai, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mai, M. (1991). Runde Tische gegen die Arbeitslosigkeit in der Region: neue Ansätze der integrierten Struktur- und Beschäftigungspolitik am Beispiel Nordrhein-Westfalen. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 14(1), 18-35. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-35703>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Runde Tische gegen die Arbeitslosigkeit in der Region

Neue Ansätze der integrierten Struktur- und Beschäftigungspolitik am Beispiel Nordrhein-Westfalens

Boomende Wirtschaft und Arbeitslosigkeit: Ein Widerspruch?

Auf den ersten Blick scheinen die beiden Schlagzeilen überhaupt nicht zueinander zu passen: Während im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen vom "leergefegten Arbeitsmarkt", "Facharbeitermangel" und "Exportrekorden" berichtet wird und selbst im Lokalteil die örtlichen Industrie- und Handelskammern einen glänzenden Auftragsbestand in fast allen Branchen vermelden können, scheint unter der Rubrik "Arbeit und Soziales" von einer völlig anderen Welt die Rede zu sein. Die Öffentlichkeit hat sich an den konstant hohen Sockel an Arbeitslosen und vor allem an den wachsenden Anteil an Langzeitarbeitslosen fast schon gewöhnt. Lediglich die Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern erheischt noch Aufmerksamkeit.

Die wirtschaftliche Dynamik scheint am Arbeitsmarkt vorbeizugehen. Erst in den letzten Monaten hat die seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur (vor allem der für das Ruhrgebiet besonders wichtige Aufschwung der Stahlindustrie) zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Die Spitzenreiter unter den nordrhein-westfälischen Arbeitsamtbezirken sind dennoch die Metropolen des Ruhrgebiets: Gelsenkirchen mit 12 %, Bochum mit 11,8 %, Dortmund und Duisburg mit 11,6 % und Essen mit 11,5 % Arbeitslosenquote (jeweils im November 1990). Der Vergleich mit der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen (8,2 %) und des Bundes (6,4 % ohne die neuen Bundesländer) macht die besondere Situation des Ruhrgebietes deutlich.

Nun sagen solche Quoten bekanntlich nicht allzu viel über die Realität des Arbeitsmarktes und erst recht nicht über die Situation der Betroffenen aus und ihre Berechnung hat gelegentlich zu politischen und sozialwissenschaftlichen Kontroversen geführt (vgl. z. B. die Auseinandersetzung zwischen Karl-Heinz Reuband und Werner Habermehl in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2/1988, S. 370

ff.). In Diskussionen zwischen Vertretern der Gewerkschaften, Parteien, Handwerkskammern, Arbeitsämtern und der Wirtschaft wird die Arbeitslosenstatistik sehr schnell instrumentalisiert.

Während die einen selbst geringfügige Verringerungen der Arbeitslosenquote als Ausweis erfolgreicher Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sehen, deuten es die anderen als Beleg für das Versagen eben dieser Politik (des Bundes, des Landes, der Kommune ...). (vgl. Kronenwett-Löhrlein 1990)

Rationale Diskussionen (vgl. z. B. die Positionen der Abgeordneten und Sachverständigen auf der Anhörung des Deutschen Bundestages vom 2. Oktober 1990 in: Deutscher Bundestag 1990) über die richtigen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit scheinen in der Öffentlichkeit kaum noch führbar. Recht schnell wird der Punkt erreicht, wo sich die Fronten gegenüberstehen. Auf der einen Seite stehen die rhetorischen Fragen nach den Massen von Arbeitslosen, denen es an jeglicher Eigeninitiative fehle, obwohl man ihnen qualifizierte Arbeitsplätze auf dem "Silbernen Tablett" serviere; und auf der anderen Seite stehen Hinweise auf die rüden Methoden und unseriösen Angebote von Betrieben, die sich - ihrer Stärke bewußt - beinahe alles erlauben dürfen und lediglich ungesicherte Arbeitsverhältnisse anbieten.

Unabhängig von den öffentlichen und politischen Diskussionen über die vermeintlichen Ursachen der Entwicklung von Wirtschaft einerseits und Arbeitsmarkt andererseits bleibt das Faktum, daß Facharbeitermangel und Arbeitslosigkeit nebeneinander existieren. Dieses Phänomen wird plausibel, wenn man die Struktur der gesuchten Arbeitnehmer und die vorhandenen Qualifikationen der Arbeitslosen miteinander vergleicht. Gesucht werden vor allem qualifizierte Facharbeiter mit zum Teil speziellen Branchenkenntnissen im gewerblichen und im Dienstleistungsbereich. Aber auch für angelernte Tätigkeiten im Gaststättengewerbe seien kaum Arbeitnehmer zu finden. Unter den Arbeitslosen aus Branchen, die seit Jahren kontinuierlich schrumpfen: Textil, Steinkohlebergbau, Eisen- und Stahlindustrie finden sich dagegen Qualifikationen, die für die gesuchten Tätigkeiten nicht ohne weiteres einsetzbar sind. Lediglich der unerwartete Boom der Stahlkocher nach der Krise in Rheinhausen hat Schlimmeres verhindert.

Arbeitslosigkeit und Strukturkrise

Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist der weltweit stattfindende Strukturwandel der Industriegesellschaften (üblicherweise gemessen am Anteil der Sektoren: Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistung). Eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit kann aber nicht mit den Instrumenten bekämpft werden, die für die konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeiten in den 60er und 70er Jahren entwickelt wurden. Auch die speziellen Instrumente im Montanbereich (wie z. B. die Anpassungsgelder für ältere Beschäftigte im Steinkohlebergbau) greifen nicht für strukturell bedingte Freisetzungen jüngerer Arbeitnehmer etwa aus dem Bereich der Bergbauzulieferer oder der Textilverarbeitung.

Der sich weltweit vollziehende Strukturwandel (vgl. Rürup 1989 und Albach 1989) hat auch und gerade das Ruhrgebiet erreicht, das jahrzehntelang durch eine industrielle Monokultur von Eisen und Stahl geprägt wurde und zum großen Teil auch noch ist. Die (Selbst-) Zufriedenheit von Arbeitnehmern und Unternehmern im Montanbereich hat selbst dann, als sich die Stahlkrise in anderen Regionen Europas längst zeigte, den notwendigen aktiven Strukturwandel eher behindert als gefördert. Wie in den anderen Ländern der EG auch, so hat man auch in Nordrhein-Westfalen zunächst versucht, gegen den Strukturwandel "anzusubventionieren". Aber bereits die Werftenkrise hat gezeigt, daß solche Bemühungen auf die Dauer die Lage für alle Betroffenen eher verschlimmern und es keine Lösung sein kann, eine ganze Region am Tropf staatlicher Subventionen künstlich am Leben zu erhalten.

Die teilweise hektischen Bemühungen, mit der sich die Ruhrgebietsstädte bei der Bereitstellung von Flächen für die Ansiedlung neuer Investoren gegenseitig übertreffen, zeigt, wieviel man in der Vergangenheit versäumt hat und nun mit teilweise schlechtem Gewissen nachholt.

Das Ruhrgebiet bzw. Nordrhein-Westfalen steht mit den Altlasten (in ökologischer und ökonomischer Hinsicht) nicht allein da. In allen Industriestaaten gibt es Regionen, die teilweise sehr ähnliche Probleme haben: Pittsburgh (USA), das Saarland, Lothringen, die West Midlands (England) und andere mehr. Das gemeinsame Kennzeichen dieser altindustrialisierten Region ist:

- "eine im Gegensatz zu den ländlich-peripheren Gebieten überdurchschnittliche Einwohnerverdichtung, Zentrengröße und Infrastrukturausstattung,
- ein im Vergleich zu anderen Regionen ähnlicher Größenordnung überdurchschnittlich hoher Industriebesatz,
- einen im Vergleich zu anderen Regionen des Landes frühen Zeitpunkt der Industrialisierung,
- eine sektorspezifische Prägung der regionalen Wirtschaftsstruktur ("Alt" im Sinne des Dominierens eines Sektors, der sich am Ende eines Produktlebenszyklus befindet),
- eine häufig spezifisch großbetriebliche Ausrichtung der Unternehmensstrukturen (hochspezialisierte Großbetriebe) und
- eine mangelnde Regenerationsfähigkeit aus eigener Kraft".
(Hamm/Wienert 1990, S. 20 f.)

In der Struktur- und Wirtschaftspolitik eignen sich die Herausforderungen, die sich aus der Revitalisierung alter Industrieregionen ergeben, hervorragend für ordnungspolitische Grundsatzdiskussionen, die sich alle zwischen den Grundmodellen: Angebotsorientierung, Nachfrageorientierung, Dezentralisierung und Korporatismus bewegen (siehe die Gegenüberstellung unterschiedlicher regionalpolitischer Konzepte in: Klemmer 1986 und Eckey 1989).

In den 70er Jahren wurden hauptsächlich von Gewerkschaften und Kommunen beschäftigungspolitische Handlungsmöglichkeiten diskutiert, die man zunächst als Ergänzung der globalen Beschäftigungspolitik verstand, in den 80er Jahren aber zunehmend als Gegenkonzept zur konservativen Modernisierungsstrategie (vgl. Bosch/Gabirle/Seifert/Welsch, 1987 und Ewers/Fritsch, 1983).

Strukturpolitik ist inzwischen zu einem festen Bestandteil in den Parteiprogrammen geworden, denen eigentlich nur die Erkenntnis gemeinsam ist, daß die Bedeutung der Strukturpolitik gestiegen ist.

Die CDU hält (laut Pressemitteilung vom 29. November 1990 "Wirtschaftsbeförderung in NRW") die "regionalisierte Infrastrukturpoli-

tik für das Gebot der Stunde". Es gelte in Nordrhein-Westfalen Zukunftsblockaden abzubauen, die sich z. B. im Industrieblächennotstand beispielhaft manifestiere. Milliarden schwere Beschäftigungsprogramme werden zur Lösung von Strukturproblemen der Industrieregion als "nicht mehr glaubwürdige Lösungsansätze" abgelehnt. Beklagt wird von der CDU weiterhin eine zentralistische Gängelung, die letztlich dazu geführt habe, daß Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem SPD-regierten Saarland das Schlußlicht unter den alten Bundesländern bezüglich des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr 1990 bilde. Die CDU forderte statt dessen eine Stärkung der Kommunen: "Eigenverantwortung statt Gängelung". Kommunale Selbstverwaltung statt Zentralismus und das Wachsen der Regionen von unten nach oben statt von oben nach unten.

Auf den ersten Blick scheint mit der Forderung nach einer Stärkung der Eigenverantwortung der Regionen kein Unterschied zur nordrhein-westfälischen Landesregierung zu bestehen: Auch sie fordert dezidiert die Stärkung regionaler Selbstverantwortung, die sich hinter dem Konzept der "regionalisierten Strukturpolitik" verbirgt. Dahinter stehen jedoch Vorstellungen einer aktiven Struktur- und letztlich auch Beschäftigungspolitik (zum Konzept der "aktiven Strukturpolitik" vgl. Katterle, 1989, S. 38 ff), die nicht allein darauf vertraut, daß die Kräfte des Marktes sich von selbst regenerieren und genügend Dauerarbeitsplätze erzeugen.

Dazu bedarf es nach Ansicht der Landesregierung vielmehr der Erweiterung des Kreises an Betroffenen, die in den Regionen Verantwortung tragen. Nur vor Ort in den Regionen können die notwendige Integration von wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielen erreicht werden. Deshalb müssen auch Vertreter der Arbeitnehmer gleichberechtigt an den runden Tischen der Regionalkonferenzen vertreten sein. Auch die besonderen Interessen der Langzeitarbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen besonders schwer zu organisieren sind, müssen in den Regionen zur Sprache kommen.

"Runde Tische" und Regionalkonferenzen als Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Erkenntnis, daß regionale Problemlagen des Arbeitsmarktes nicht mehr vom grünen Tisch einer zentralen Administration her gelöst werden können, sondern nur unter erheblicher Beteiligung der Regionen selbst

(vgl. Maier 1989), hat sich in der Formulierung der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik niedergeschlagen. In der "Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM)" hat die Landesregierung 1987 bewußt und gezielt auf die Eigenverantwortung, das Engagement und die Kraft zur Selbstorganisation in den Regionen gesetzt. Die Grundidee dieser Zukunftsinitiative, die zwei Jahre später durch die "Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN)" auch auf die Nicht-Montanregionen des Landes erweitert wurde, geht von folgenden Grundsätzen aus:

Die Regionen analysieren ihre spezifischen Stärken und Schwächen in den Bereichen Wirtschaft, Dienstleistungen, Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung und ähnliches. Auf der Grundlage einer solchen Regionalanalyse waren die Verantwortlichen der Region aufgefordert, mittel- und langfristige Perspektiven für ihre Entwicklung zu formulieren. Nicht selten wurde diese Aufgabe der Regionalanalyse einschließlich des Erarbeitens von Vorschlägen für mögliche Entwicklungen an renommierte Beratungsinstitutionen vergeben.

Diese wurden dann von den kommunal und regional verantwortlichen Stellen in verschiedener Weise in den öffentlichen Diskurs und in die politische Entscheidung eingebunden. Diese Regionalgutachten oder Entwicklungspläne enthielten nicht selten schmerzliche Wahrheiten. Welcher regionale Handlungsträger läßt sich schon gerne sagen, daß man jahrelang den Strukturwandel ignoriert und mögliche Maßnahmen dagegen verschlafen hat. Dennoch ist in keiner Region die Lage völlig aussichtslos, so daß durch politisches Handeln durchaus die Chance besteht, den Strukturwandel ohne größere soziale Brüche zu bewältigen. Es ist zum großen Teil die Aufgabe der regional verantwortlichen Kräfte (dazu gehören die Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Kammern, der Wirtschaftsfördergesellschaften usw.) aufgrund dieser Regionalanalyse Zielvorstellungen zu entwickeln und auf der Grundlage der vorhandenen Ressourcen umzusetzen. Trotz der Unterschiedlichkeit der Regionen in Nordrhein-Westfalen, wo es neben Montanregionen auch noch andere Monokulturen gibt, wie z. B. die Textilindustrie, oder überwiegend ländlich geprägte Gebiete, besteht die Gemeinsamkeit der regionalen Entwicklungskonzepte darin,

- daß die Infrastruktur im Aus- und Weiterbildungsbereich verbessert,
- daß der Anteil an Dienstleistungen erhöht,
- daß die Industriestruktur diversifiziert und

- daß möglichst viele rechnergestützte Produktionsmethoden in Industrie und Handwerk eingeführt werden müssen.

Die Besonderheit ländlicher Gebiete z. B. im Münsterland, im Sauerland und am Nordrand der Eifel bestehen darin, daß hier der Fremdenverkehr oder (wie in Ostwestfalen) das Kurgeschäft eine besondere Rolle spielen.

Insgesamt zeigen diese unterschiedlichen regionalen Entwicklungsvoraussetzungen und -konzepte, daß nichts schädlicher wäre, als eine generelle Empfehlung, etwa nach der Art: Ihr müßt alle wie Silicon Valley werden!

Die zweite Säule in der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik seit ZIM und ZIN ist die Betonung des regionalen Konsenses. Die Landesregierung ist nur dann zu einer Förderung struktureller Projekte bereit, wenn diese auf dem Konsens aller regional verantwortlichen Kräfte beruhen. Zu den wirtschaftlich relevanten Kräften gehören nach Auffassung der Landesregierung die Kommunen, Verbände, Gewerkschaften, Kammern, die Arbeitsverwaltung, und - falls vorhanden - die Hochschulen. Die vom Arbeits- und Sozialminister geförderten beschäftigungswirksamen Projekte sollten darüber hinaus noch den Konsens der freien Träger der Wohlfahrtspflege, der Frauenbeauftragten und von Arbeitsloseninitiativen enthalten. Dahinter steht ein erweitertes Verständnis von Strukturpolitik, das nicht nur die klassischen ökonomischen Faktoren umfaßt, sondern auch die Bereiche Qualifikation und Sozialarbeit.

Die Stadt Dortmund hat durch die sogenannten "Dortmund-Konferenzen" gezeigt, daß ein "Runder Tisch" aller verantwortlichen Kräfte in der Stadt sehr wohl in der Lage ist, zu einer konsensfähigen Analyse über die Situation der Stadt und insbesondere der Arbeitsmarktsituation zu gelangen und darüber hinaus Maßnahmen zu entwickeln, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen (vgl. Pollmeyer 1986). Dieses Modell kann nur funktionieren, wenn der Konsens auf einer wirklich vertrauensvollen Zusammenarbeit beruht und nicht eine Art Stillhaltekonsens darstellt, der nur deshalb inszeniert wird, um an die Fördergelder zu gelangen (nach dem Motto: Wenn Du meinem Projekt zustimmst, stimme ich Deinem zu, obwohl ich es eigentlich ablehne).

Die sozialen, historischen und politischen Rahmenbedingungen sind für einen solchen Konsens von entscheidender Bedeutung (siehe z. B. die eindrucksvolle Studie von Helmut Voelzkow (1989) über die unterschied-

lichen "Konsenskulturen" im östlichen Ruhrgebiet und im Raum Ostwestfalen-Lippe).

Neue Handlungsperspektiven durch regionale und lokale Konferenzen

Im Idealfall gelingt es, an den "Runden Tischen" das zur Sprache zu bringen, was zentralen Planern nahezu zwangsläufig entgehen muß: Wenn etwa regional ansässige Unternehmen über Investitions- oder Erweiterungsvorhaben berichten und somit den Weiterbildungsträgern oder anderen Ausbildungseinrichtungen signalisieren, in welcher Richtung Qualifikationsbedarf zu erwarten ist. Auch das direkte Gespräch zwischen Vertretern von Beschäftigungsinitiativen mit Vertretern der Arbeitsverwaltung oder z. B. der Handwerkskammer kann dazu führen, daß man gemeinsame Projekte plant, die sonst nie zustande kämen, weil der eine nicht weiß, welche Arbeitskräfte der andere Partner sucht.

Die Statistiken der Arbeitsämter erweisen sich in der Praxis als zu wenig differenziert, unvollständig und veraltet. Von vielen Betrieben und Kommunen hört man das schlichte Urteil, daß man die jeweils ortsansässigen Arbeitsämter getrost vergessen könne, weil die gebrauchten Arbeitskräfte nicht verfügbar und die verfügbaren nicht zu gebrauchen seien. (In persönlichen Gesprächen mit Personalverantwortlichen aus Unternehmen hört man teilweise vernichtende Urteile über die Qualität der Arbeitsverwaltung und die offiziell als arbeitslos gemeldeten Arbeitskräfte. Gute Fachkräfte müsse man mit der Lupe suchen, z. B. woanders abwerben.) Die regionalen Konferenzen dienen also als ein Instrument zur Abstimmung zwischen qualitativem und quantitativem Qualifikations- und Arbeitskräftebedarf, um auf dieser Basis konkrete Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen zu entwickeln.

In der im wesentlichen vom Wirtschaftsministerium entwickelten Konzeption der nordrhein-westfälischen Strukturpolitik sind die Elemente der sozialen Infrastruktur (Pflegeheime, Kindergärten) weniger ausgeprägt als die der klassischen Wirtschaftsförderung. Die Einbindung sogenannter Problemgruppen des Arbeitsmarktes (Langzeitarbeitslose, langzeitarbeitslose Jugendliche, Frauen nach der Familienphase, Arbeitslose ohne formalen Schul- oder Ausbildungsabschluß) in der Strukturpolitik war somit bereits durch das enge Strukturverständnis erschwert.

Nach den im nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium entwickelten Vorstellungen reicht es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht aus,

das gegen die (konjunkturell bedingte) Arbeitslosigkeit entwickelte Instrument des "Arbeitsförderungsgesetzes (AFG)" einzusetzen. Auch die Dauersubventionierung eines "Zweiten Arbeitsmarktes" durch staatliche Beschäftigungsprogramme stellt keine dauerhafte Lösung zur Integration Arbeitsloser in den "Ersten Arbeitsmarkt" dar. Letzteres ist jedoch das erklärte Ziel der Beschäftigungspolitik (vgl. Sund 1987). Um dies zu erreichen, bedarf es systematischer und zeitaufwendiger Qualifizierungsmaßnahmen und Integrationsprozesse, damit auch Dauerarbeitslose eine Chance auf einen unbefristeten Arbeitsplatz haben. Diese Chance ist umso größer, wenn in der regionalen Abstimmung vor Ort der Bedarf an Arbeitsplätzen qualitativ und quantitativ möglichst genau eingebracht wird.

Verwaltungsstrukturen als Restriktion regionaler Beschäftigungspolitik

Für die Administration vor Ort bedeutet dies eine Synchronisierung bzw. Integration von Politikbereichen, die in der Regel organisatorisch voneinander getrennt sind: Wirtschafts-, Ansiedlungs- und Arbeitsplatzpolitik. Im Idealfall sind also die kommunalen Ämter für Wirtschaft und Beschäftigung (wie z. B. in der Stadt Bielefeld) vereint. Nur durch Dezentralisierung und Regionalisierung können "jene endogenen Potentiale freigesetzt und alle notwendigen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in einen gemeinsamen Prozeß einbezogen werden, durch den alleine eine Region in Europa (...) adäquat auch die zukünftigen Herausforderungen (...) reagieren kann" (Gerlach/Schröder 1990, S. 450).

Nicht nur das enge Verständnis von "Strukturpolitik" als Mittelstandspolitik, sondern auch die bestehenden politischen und administrativen Strukturen weisen hinsichtlich des Arbeitsmarktes gegenüber denen der Wirtschaft Ungleichgewichtigkeiten zu ungunsten der Beschäftigungspolitik auf. Besonders deutlich wird diese Ungleichgewichtigkeit etwa in der vorhandenen öffentlichen und privaten Infrastruktur zur Beratung von Wirtschaftsunternehmen im Vergleich zu der zur Beratung von Beschäftigungsinitiativen. Auch informell zeigt sich diese Ungleichgewichtigkeit in der Tatsache, daß die Akteure des Runden Tisches über unterschiedliche Ressourcen verfügen. Welche Arbeitsloseninitiative kann schon ein regionales Konzept erstellen oder sich durch den Dschungel von Förderprogrammen durchkämpfen, um schließlich einen form- und fristgerechten Antrag auf Unterstützung zu stellen? Zur Beratung der Wirtschaft ist

zu diesem Zweck ein eigener Dienstleistungsbereich entstanden. Eine immer wichtiger werdende Aufgabe der Industrie- und Handelskammern besteht darin, den Unternehmen Hilfestellungen bei der Antragstellung für staatliche Förderprogramme zu geben. Arbeitsloseninitiativen und sonstige selbstverwaltete Projekte können oder wollen (aus finanziellen oder grundsätzlichen Erwägungen heraus) diese Infrastruktur der Wirtschaft nicht in Anspruch nehmen. Weil aber der Beitrag von selbstverwalteten Projekten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch in der Landesregierung anerkannt ist, wurde zur Unterstützung dieser Projekte und Initiativen eine Landesberatungsgesellschaft (Gemeinnützige Gesellschaft für Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen - GIB - in Bottrop) gegründet.

Aber auch bezüglich der Fachkompetenz der unterschiedlichen Teilnehmer am Runden Tisch gibt es Unterschiede. Hauptamtliche Geschäftsführer der Kammern sitzen sozialpädagogisch geschulten Mitarbeitern aus Kirchen und Initiativen gegenüber. Zum Teil werden Vertreter selbstverwalteter Projekte von der Landesberatungsgesellschaft geschult, zum Teil gibt es auch hier maßgeschneiderte Schulungsprogramme für diese Akteure (z. B. durch das Transferzentrum für Angepaßte Technologien (TAT) in Rheine/Westfalen). Letztlich wird sich aber nie ein gewisser "Projektdarwinismus" vermeiden lassen, aber die vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium vorgeschlagene Konzeption dürfte die Chancen von Arbeitslosenprojekten und -selbsthilfegruppen in den regionalen Abstimmungsprozessen vor Ort deutlich erhöhen.

Ein wichtiger Bestandteil der ZIN-Förderphilosophie ist die Konzentration auf fünf Aktionsfelder:

- die Entwicklung von Technologie und Innovation
- die zukunftsorientierte Qualifikation der Arbeitnehmer
- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sowie
- die Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation.

In der Praxis zeigte sich jedoch, daß in den Regionen relativ schnell ein Konsens erzielt werden konnte über Projekte, die massive Investitionen, etwa im Ausbau der Verkehrswege oder Technologiezentren, bedeuteten. Arbeitsmarktpolitisch besonders bedeutsame Projekte insbesondere für die Integration von Dauerarbeitslosen oder Problemgruppen des Arbeitsmarktes scheiterten meist schon in den Konsensrunden der jeweili-

gen Region, weil auch hier ein Strukturverständnis herrscht, das die sozialen Faktoren nicht berücksichtigt. Dies war für den Arbeitsminister der Anlaß, parallel zu den Konsensrunden des Wirtschaftsministers eigenen Konsensrunden in den Regionen einzurichten, bei denen zusätzlich die Vertreter der Initiativen und der Träger der Freien Wohlfahrtspflege beteiligt sind. Die Teilnahme weiterer Akteure an den Konsensrunden ("Regionalkonferenzen") war möglich und wird auf der Regionalkonferenz entschieden.

Mit der Vorgabe der oben genannten fünf "Aktionsfelder" durch die Landesregierung sollten vor allem solche Projekte initiiert werden, die unabhängig von den regionalen Besonderheiten für das gesamte Land wachstums- und strukturelevant sind. Die Verbindung von kommunaler Arbeitsbeschaffungspolitik mit dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur wurde im Prinzip bereits um die Jahrhundertwende praktiziert (vgl. den historischen Abriß lokaler Arbeitsmarktpolitik in: Eichenner/Humke/Kahlert 1988, S. 28 ff).

Durch die Konzentration auf diese in den ZIM- und ZIN-Runden formulierten Aktionsfeldern sollte die ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes in sozialer Verantwortung erreicht werden. Die Landesregierung hat der Strukturpolitik drei Hauptaufgaben zugewiesen:

- die sozialverträgliche Gestaltung des Umstrukturierungsprozesses
- die Sicherstellung der Umweltverträglichkeit der einzelnen Projekte und
- die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Erste Erfahrungen

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um eine Bewertung des integrierten wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitischen Ansatzes hinsichtlich der Erreichung der unterschiedlichen Ziele zu geben. Ein entsprechendes Gutachten zur Evaluierung ist eben erst vergeben worden. Dennoch lassen sich einige Erfahrungen mit der Abwicklung des Verfahrens zusammenfassen, die möglicherweise für eine Modifizierung der integrierten Beschäftigungspolitik Konsequenzen haben könnten.

Es ist nahezu naturgemäß immer schwierig, eine an strenges Bereichs- und Ressortdenken gewöhnte Verwaltung und Administration zu einem neuen Programm zu motivieren, das sich weniger im Inhalt als vielmehr in

der Struktur des Verfahrens erheblich von anderen Programmen unterscheidet. So war es nicht weiter verwunderlich, daß vor allem auf der Ebene der nachgeordneten Behörden (z. B. Regierungspräsidenten) an formale Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten erinnert wurde. Als die Aufforderung des Wirtschaftsministers und des Arbeitsministers an die Regionen ergingen, regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, erinnerte man sich plötzlich an die Aufgaben der Bezirksplanungsräte, denen eben diese Aufgabe eigentlich zukäme.

Auch die Arbeitsverwaltung fürchtete plötzlich um ihre Kompetenzen in der Arbeitsmarktpolitik und wies darauf hin, daß die "Runden Tische" bzw. die Regionalkonferenzen eigentlich überflüssig seien, da sie in Form von Verwaltungsräten in der Arbeitsverwaltung bereits existierten.

Die nicht ganz unberechtigten Kritiken bezüglich der mangelnden Transparenz des Verfahrens und der Entscheidungskriterien zur Förderung eines Projektes machte sich die Opposition umso mehr zu eigen, als Mitte Mai 1990 in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen stattfanden. Die Kritiken bündelten sich in dem Vorwurf, daß die Landesregierung, insbesondere das Arbeitsministerium, Strukturen und Institutionen schaffen würde, denen keinerlei Legitimation zukäme. Demonstrativ sprachen Gegner dieses Ansatzes von "regionalen Beiräten" und "Regionalagenturen", um damit negative Assoziationen zu wecken (anstelle von "Regionalkonferenzen" und "Regionalsekretariaten"). Als besonders gravierend wurde in der CDU-Pressekonferenz vom 29. November 1990 erwähnt, daß diese "Agenturen" auch noch von Soziologen besetzt seien (was übrigens nur in Ausnahmefällen zutrifft).

Aber auch die Betroffenen, denen die aktive Beschäftigungspolitik zugute kommen soll, übten Kritik. Auch in einer Vielzahl von Informations- und Schulungsveranstaltungen konnte der Vorwurf nie ganz entkräftet werden, daß das Förderverfahren (dem zum Teil Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zugrunde lagen) kompliziert und bürokratisch war. Auch die gut gemeinte Zweigleisigkeit der Konsensrunden in der Region - eine unter der Federführung des Wirtschaftsministers, die andere unter der Federführung des Arbeitsministers - führte bei den betroffenen Akteuren zuweilen zu einem demonstrativen Unverständnis, "da man nur noch von Konsensrunde zu Konsensrunde reise und eigentlich gar nicht mehr wisse, wo man denn gerade sitze" (Zitat eines Teilnehmers). Schließlich muß man bedenken, daß die Funktionsträger in Gewerkschaft-

ten, Initiativen, Wohlfahrtsverbänden usw. in mehreren Runden präsent sein müssen und dies von ihnen als eine Belastung empfunden wurde.

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Schäffer, relativiert die "grundsätzliche Zustimmung der Gewerkschaften ... angesichts einer ganzen Reihe von Umsetzungsdefiziten" (Schäffer 1990, S. 465). Nicht nur von ihm wird die "mangelnde Transparenz der Entscheidungsvorgänge auf Landesebene sowie deren Rückkopplung in die Regionen" (S. 467) kritisiert. Viele Antragsteller und Projektträger taten sich schwer, sich auf diese neue Förderphilosophie und Programmstruktur einzustellen. Gerade Arbeitsloseninitiativen oder Projekte für besondere Gruppen des Arbeitsmarktes (unter anderem auch solche Projekte, die sich speziell um die Belange von Frauen kümmerten) landeten bei den Prioritätenlisten der Regionen auf den hinteren Plätzen. Der enorme Zeitdruck, unter dem das erste ZIM-Verfahren 1989 abgewickelt werden mußte, hat dazu geführt, daß von den Regionen zunächst einmal die Projekte als "besonders strukturwirksam" gemeldet wurden, die die Gemeinden oder sonstige Träger gerade "in der Schublade" hatten. Die Beschäftigungswirksamkeit war auch bei diesen Projekten durchaus vorhanden, doch dürften die Problemgruppen des Arbeitsmarktes höchstens mittelbar, wenn überhaupt, davon profitieren. Alternativen Trägern ging es im wesentlichen nicht anders: Für die Entwicklung neuer Projekte blieb wenig Zeit und allzu häufig wurden besonders beschäftigungswirksame Projekte bestenfalls als Konzept eingereicht. Doch spätestens bei den folgenden ZIN-Runden wäre genügend Zeit gewesen, daß auch alternative Beschäftigungsprojekte entwickelt werden konnten. Aber auch im Bereich alternativer Beschäftigungsprojekte gibt es Tendenzen zur Professionalisierung, die sich darin zeigen, daß etablierte Träger schneller und kompetenter in der Lage sind, einen bewilligungsreifen Projektantrag zu stellen, als weniger etablierte Träger.

Die ersten Erfahrungen mit den "Runden Tischen" gegen die Arbeitslosigkeit sind dennoch ermutigend. Trotz aller berechtigten, aber auch kleinlichen Kritik an dem Verfahren dürfte sich eine konsequente Regionalisierung der Struktur-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik als sinnvoll erwiesen haben. Regionales Bewußtsein läßt sich freilich nicht erzwingen. Ob sich die Region als solche begreift (wie z. B. das örtliche Ruhrgebiet) oder aber als ein Kunstgebilde (wie etwa der Emscher-Lippe-Raum, wo Teile des nördlichen Ruhrgebiets mit dem südlichen, ländlich strukturierten Münsterland zusammengefaßt wurde), hängt auch von sozialge-

schichtlichen Bedingungen ab (vgl. Voelzkow 1989). Gerade an den "Runden Tischen" in Regionen bzw. Städten, in denen alle maßgeblichen Akteure schon immer "eine verschworene Einheit" bildeten, war das gemeinsame Bemühen aller Kräfte spürbar, die Arbeitslosigkeit in der eigenen Stadt bzw. Region zu bekämpfen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß das Verhalten der Vertreter einer bestimmten Organisation (z. B. der Arbeitsverwaltung bzw. der Industrie- und Handelskammern) weitgehend von der überregionalen Position der jeweiligen Organisation zur Frage der Strukturpolitik unabhängig war. So war in einigen Regionalkonferenzen der Vertreter der Arbeitsverwaltung sichtlich bemüht, seine vorhandenen Kontakte zu Projektträgern und Betrieben zum Wohle der Beschäftigungsinitiativen zu nutzen, während in anderen Regionalkonferenzen der Vertreter der Arbeitsverwaltung sich die quasi offizielle Ansicht der Bundesanstalt für Arbeit zu eigen machte, indem er auf die "eigentliche Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit in allen beschäftigungspolitischen Fragen" hinwies und eine konstruktive Mitarbeit in den regionalen Konsensrunden für nicht erforderlich hielt. Der informelle Erwartungsdruck der anderen Teilnehmer des "Runden Tisches" dürfte mit dazu beigetragen haben, daß diese Haltungen nur selten konsequent durchgehalten wurden. Auf Landesebene waren die Industrie- und Handelskammern im Prinzip gegen die Strukturpolitik der Landesregierung eingestellt, was aber einzelne Vertreter an den "Runden Tischen" vor Ort nicht daran hinderte, konstruktiv mitzuarbeiten und zum Teil sogar Kooperationsangebote zwischen Initiativen und einzelnen Betrieben einzufädeln.

Als entscheidende Erkenntnis gilt es hier festzuhalten, daß es die "Runden Tische" sehr wohl geschafft haben, ein regionales Bewußtsein zu wecken und endogene Kräfte freizusetzen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Insofern ist die Grundphilosophie der regionalen Integration verschiedener Politikbereiche in der Praxis bestätigt worden. Regionalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein vielversprechender Ansatz zur effektiven Lösung bestimmter Problembereiche (in diesem Fall die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit).

Es liegt auf der Hand, daß damit auch grundsätzliche Fragen der Steuerungsfähigkeit zentralstaatlicher Institutionen berührt sind. In dem Maße, in dem die Landesregierung Kompetenzen an die Regionen delegiert, hat sie vor Ort das Geschehen nicht mehr in der Hand und setzt sich somit

der Gefahr aus, daß - etwa bei einer falsch verstandenen Regionalisierung - sich in der Region mafiaartige Strukturen ausbilden und es zu einer "Refeudalisierung" der Verhältnisse vor Ort kommt, so daß alternative Beschäftigungsinitiativen erst recht auf der Strecke bleiben.

Im ZIM- und ZIN-Verfahren wurde dieses Problem dadurch zu lösen versucht, indem man die letztendliche Entscheidungskompetenz bei der Landesregierung behielt und sich lediglich darauf verständigte, die Prioritätenlisten der Projekte aus den Regionen zu beachten. Wie richtig diese Entscheidung war, zeigt ein Blick auf die Rangplätze, auf denen alternative Beschäftigungsprojekte von den Regionen gesetzt wurden. Zum Unmut einiger Regionen hat die Landesregierung bewußt einige Projekte (z. B. aus dem Bereich der Frauenförderung) bewilligt, die in der Region auf einen etwas aussichtslosen Rangplatz gesetzt wurden und bei einer strengen Beachtung der regionalen Prioritäten nie eine Chance auf Förderung gehabt hätten. Die abgelehnten Antragsteller haben dies nur allzu gerne als Anlaß genommen, das gesamte Verfahren in Frage zu stellen und der Landesregierung Entscheidungswillkür vorzuwerfen. Nicht zuletzt im Interesse der erhöhten Transparenz für die betroffenen Arbeitsloseninitiativen, Projektträger usw. ist ein strukturpolitisches Gesamtkonzept der Landesregierung erforderlich, zumal für viele Antragsteller nicht einsichtig ist, wieso mehrere Ministerien der Landesregierung ihre eigene Regionalisierung betreiben.

Die konsequente Regionalisierung der Beschäftigungspolitik droht aber weniger an den Ressortegoismen zu scheitern als vielmehr an der Tatsache, daß die Mittel aus dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds (ESF und EFRE) sowie nach dem Strukturhilfegesetz des Bundes in Zukunft nicht mehr in dem Ausmaße zur Verfügung stehen werden wie bisher. Die Kriterien, nach denen Mittel aus diesen beiden Fonds der EG vergeben werden können, beziehen sich im wesentlichen auf die Arbeitslosenquote, wobei der Anteil der Dauerarbeitslosen besonders gewichtet wird. Es ist offensichtlich, daß nach diesem Kriterium Regionen der neuen Bundesländer stärker betroffen sind als das Ruhrgebiet. Es ist daher zu befürchten, daß aus der Sicht der EG-Bürokratie die hoffnungsvollen Ansätze in der regionalen Beschäftigungspolitik, die eine Fülle von phantasievollen Initiativen, Projekten und Dienstleistungen hervorgebracht hat, zugunsten der drohenden Massenarbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern aufgegeben werden.

Trotz aller Bemühungen und selbstgestellten Ansprüche der Beschäftigungsinitiativen (zum Selbstverständnis "alternativer" bzw. "selbstverwalteter Projekte" vgl. die empirische Studie von Kreuz/Bucher/Fröhlich, 1989) hängen sie doch stark vom Wohlwollen öffentlicher Stellen und Träger ab. Regionalisierte Beschäftigungspolitik kann nur wirksam sein, wenn sie verstetigt wird. Die Regionalkonferenzen (in welcher Form auch immer) können ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur dann entfalten, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg Projekte zwischen mehreren Trägern abgesprochen und entwickelt werden können. Weder Schnellschuß- noch Schubladenprojekte dienen dem Anliegen der regionalisierten Beschäftigungspolitik. Ideal sind vielmehr Projekte, an denen mehrere Partner des "Runden Tisches" mitwirken. Für die Integration Langzeitarbeitsloser ist es besonders wichtig, daß Betriebe aller Branchen und Größenklassen aktiv mitarbeiten. Es ist daher erfreulich, daß die ordnungspolitischen Bedenken der Industrie- und Handelskammern, die ihnen eigentlich eine Mitwirkung an den Regionalkonferenzen versagen müßte, durch den Facharbeitermangel nur allzu motiviert sind, an diesen Konferenzen mitzuwirken, um auf diese Weise den Bedarf an Arbeitskräften decken zu können (wobei man nicht einmal an den "Mitnahmeeffekt" der öffentlichen Gelder denken muß). Schließlich, so teilte ein Sprecher der Industrie- und Handelskammer Köln dem Verfasser mit, sei man auch aus ordnungspolitischen Grundsatzüberlegungen heraus gegen jede Art staatlicher Subventionen und nehme sie dennoch gerne an.

Nicht nur die Administration, sondern auch die Träger müssen lernen, mit neuen Kooperationsformen (z. B. "Public-Private-Partnership"-Modelle) umzugehen. Das erklärte Ziel ist es, jedem Arbeitslosen ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es gibt leider noch zu wenig Projekte, bei denen dieses auch konzeptionell realisiert wird. Es hilft arbeitslosen Jugendlichen z. B. wenig, wenn sie irgendwelche formalen Qualifikationen erwerben, für die es keinen öffentlichen oder privaten Bedarf gibt. (Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal an das Wort eines hessischen Kultusministers erinnert, der in bezug auf die Lehrerarbeitslosigkeit einmal sagte, daß öffentlicher Bedarf das ist, was bezahlbar ist.) Im Idealfall kooperieren also zwei oder drei Akteure (z. B. eine Handwerkskammer als Qualifizierungsträger, ein Verbund aus mehreren Betrieben und Vertreter von Beschäftigungsinitiativen) miteinander. So werden "Drehtürmaßnahmen" möglichst vermieden, wo die Teilnehmer von einer "Maßnahme" in die nächste rotieren, ohne daß sie

Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung haben. (Daß diese Teilnehmer aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen, ist eine weitere Absurdität des Indikators Arbeitslosenquote.) Die Chancen für solche Kooperationen sind zur Zeit günstig, da fast jeder Betrieb irgendwelche qualifizierten Fachkräfte braucht und es eine Fülle von öffentlichen Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes und der Flächensanierungen gibt. Hoffentlich ist es nur ein Einzelfall, daß ein vielversprechendes Projekt der Handwerkskammer Düsseldorf nur daran scheiterte, daß man der Kooperation mit den neuen Bundesländern höhere Priorität einräumte und aus diesem Grund keine Mitarbeiter mehr zur Verfolgung dieses Projektes zur Verfügung stehen.

Literaturverzeichnis

- Albach, Horst (1989): Perspektiven des Dienstleistungssektors in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.), Dienstleistungen - Neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin, S. 17 - 48
- Alemann von, Ulrich/Rolf G. Heinze und Bode Hombach (Hrsg.) (1990): Die Kraft der Region: Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn
- Bosch, Gerhard/Hans Gabriel/Hartmut Seifert und Johann Welsch (1987): Beschäftigungspolitik in der Region; Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 61, hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, Düsseldorf
- Deutscher Bundestag (Hrsg) (1990): Eingliederung Langzeitarbeitsloser: Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages am 2. Oktober 1989, Bonn
- Eckey, Hans-Friedrich (1989): Strukturprobleme in deutschen Wirtschaftsregionen seit den siebziger Jahren, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 34, H.3, S. 169 - 187
- Ehmann, Christoph/Edgar Sauter (1986): Beschäftigungswirksame Weiterbildung. Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine öffentlich geförderte Qualifizierungsoffensive. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin
- Eichener, Volker/Andrea Humke/Silvia Kahlert (1988): Arbeitslosigkeit und Infrastruktur; ILS-Schriften 28; herausgegeben vom Institut der Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Auftrage des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
- Ewers, Hans Jürgen und Michael Fritsch (1983): Beschäftigungswirkungen regionaler Wirtschaftspolitik; in: Garlichs/Maier/Semlinger (HG), Regionalisierte Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt/New York, S. 38 bis 65
- Garlichs, Dietrich/Friederike Maier/Klaus Semlinger (Hrsg.) (1983): Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; Frankfurt und New York

- Gerlach, Ernst und Klaus-Theo Schröder (1990): Risiko oder Chance? Die nationalen Arbeitsmärkte auf dem Weg nach Europa, in: von Alemann/Heinze/Hombach (HG), Die Kraft der Region, S. 437 bis 451
- Hamm, Rüdiger und Helmut Wienert (1990): Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich; Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung; Neue Folge Heft 48, Berlin
- Heinze, Rolf G./Josef Hilbert/Helmut Voelzkow (1987): Integrierte Umwelt- und Beschäftigungspolitik als Perspektive für alte Industrieregionen, in: W. Fricke u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, S. 353 - 374
- Katterle, Siegfried (1989): Alternativen zur neoliberalen Wende. Wirtschaftspolitik in der sozialstaatlichen Demokratie, Bochum
- Klemmer, Paul (1986): Regionalpolitik auf dem Prüfstand, Köln
- Kreutz, Henrik/Johann Bacher/Gerhard Fröhlich (1989): Alternative Projekte zwischen Fortschritt und Anpassung. Eine Längsschnittstudie in zwei Großstadregionen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 122, Nürnberg
- Kronenwett-Löhrlein, Eva (1990): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen - Rückblick auf die achtziger Jahre, in: W. Fricke (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, S. 299 - 341
- Maier, Friederike (1988): Beschäftigungspolitik vor Ort. Die Politik der kleinen Schritte, Berlin
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes NRW (1989): Pressemitteilung zur weiteren Regionalisierung der Strukturpolitik des Landes, Düsseldorf
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes NRW (1989): Kabinettspresskonferenz zur weiteren Regionalisierung der Strukturpolitik des Landes, Düsseldorf
- Pollmeyer, Bernhard (1986): Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund.
- In: Bullmann/Cooley/Einemann (Hg.), Lokale Beschäftigungsinitiativen, Marburg, S. 74 - 91
- Rürup, Bert (1989): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland, München
- Schäffer, Wilhelm (1990): Neue Pfade der regionalen Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen; WSI-Mitteilungen 7, S. 461 bis 468
- Sund, Olaf (1987): Zielgruppen am Arbeitsmarkt: Von "Maßnahmekarrieren" zu Qualifikationsketten, in: W. Fricke u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, S. 37 - 47
- Voelzkow, Helmut (1989): Mehr Technik in die Region - Eine politisch-soziologische Untersuchung der Infrastrukturen zur regionalen Technikförderung in Nordrhein-Westfalen; Dissertation Paderborn

Dr. Manfred Mai
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags
4000 Düsseldorf
Tel.: 0211/884 24 84